Zeitschrift: NIKE-Bulletin

Herausgeber: Nationale Informationsstelle für Kulturgüter-Erhaltung

Band: 19 (2004)

Heft: 1: Bulletin

Rubrik: Nike

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nur teilweiser Rückzug des Bundes...

...aus Heimatschutz und Denkmalpflege

Teilerfolg für die Lobbyarbeit der Denkmalpflege: Das NFA-Leitorgan, das sich paritätisch aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundes und der Kantone zusammensetzt, hat sich im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege für die Variante «Verbundaufgabe für nationale Objekte» entschieden – und nicht für die rigorosere Sparvariante «Vollkantonalisierung». Mit dem Beschluss vom 16. Januar 2004 wird die Unterstützung der Kantone durch den Bund nur teilweise aufgehoben; die Eidgenossenschaft wird weiterhin Beiträge an Bauwerke und archäologische Denkmäler von nationaler Bedeutung leisten.

Ein Wermutstropfen bleibt: Objekte von gesamtschweizerischem Interesse sind im Fortbestand ohnehin am wenigsten gefährdet. Fraglich ist, was mit den Baudenkmälern von regionaler und untergeordneter Bedeutung geschieht: Werden die Kantone für die künftig anfallenden, erheblichen Mehrkosten tiefer in die Tasche greifen? Oder ist im Bereich Denkmalpflege mit schmerzhaften Kürzungen – und letztlich dem Verlust zahlreicher historischer Bauten – zu rechnen?

Das NIKE-Bulletin dokumentiert in der Folge ein Argumentarium zum Neuen Finanzausgleich, das zwar vor dem Entscheid des NFA-Leitorgans verfasst worden ist, dennoch wegen seiner Bündelung triftiger Gründe gegen den drohenden Leistungsabbau in der Denkmalpflege höchst lesens- und bedenkenswert bleibt.

Der neue Finanzausgleich. Variante Vollkantonalisierung von Denkmalpflege, Archäologie und Ortsbildschutz

ARGUMENTARIUM

1. Das Engagement des Bundes – ein Verfassungsauftrag

Seit 1886 – schon länger als alle Kantone – kümmert sich der Bund um Baudenkmäler. Der Rückzug des Bundes aus dem Bereich Denkmalpflege und Heimatschutz wäre ein Jahrhundertrückschritt. Baudenkmäler bedürfen – wie ein Rückblick auf das 20. Jahrhundert zeigt –, auch des Engagements einer überkantonalen Stelle, also des Bundes. Er nimmt diese Rolle in dreierlei Hinsicht wahr: In ideeller, in fachlicher und in finanzieller. Da der Bund gegenüber den kurzfristigen Interessenlagen der Kantone etwas mehr Distanz hat, ist er in der Lage sachbezogener und mit längerfristiger Perspektive zu handeln und zu entscheiden. Nur der Bund kann die Baudenkmäler über das «Wellenspiel des politischen Alltags» heben, dem sie sonst in ihrer Verletzlichkeit und der Unmöglichkeit, sie wieder herzustellen, ausgeliefert sind: Verluste sind bekanntlich endgültig, späteres Bedauern nützt nichts.

Die langfristige Sicht über den budgetpolitischen Alltag hinaus ist gerechtfertigt, weil Baudenkmäler zum Teil ja Jahrhunderte alt sind und weiterdauern sollen. Laut Bundesverfassung hat der Bund die Möglichkeit, im Bereich Denkmalpflege ausgleichend und koordinierend zu wirken – es entstand mit dem NHG ein austariertes Verhältnis der Kompetenzen von Bund und Kantonen zu Gunsten der Baudenkmäler. Die zur Diskussion gestellte Kantonalisierung würde diese Situation, die sich inhaltlich bewährt hat, beenden, die Kantone müssten versuchen, sich selbst zu organisieren, zu koordinieren und ausgleichend zu wirken. Heute hat der Bund die Möglichkeit, in dringlichen Fällen einzuschreiten, provisorische Massnahmen zu ergreifen oder Baudenkmäler allenfalls zu erwerben: Die Kantone müssten für diese Zwecke eine eigene Institution schaffen und mit Mitteln ausstatten.

2. Nationale Objekte in kantonaler Hand

Landschaft, Baudenkmäler und Ortsbilder sind die zentralen identitätsstiftenden Elemente der Schweiz. Ihre Erhaltung und ihre Pflege sind – zumindest soweit von nationaler Bedeutung – eine schweizerische Aufgabe und liegen im nationalen Interesse. Das gemeinsame nationale Interesse gilt wie beispielsweise für die Nationalstrassen oder die Verteidigung grundsätzlich auch für das nationale Erbe an Landschaft, Baudenkmälern und Ortsbildern. Es kann nicht angehen, dass die Verantwortung für die Baudenkmäler und archäologischen Denkmäler von nationaler Bedeutung abschliessend allein in die Hand der Kantone gegeben wird. Die Verantwortung für nationale Baudenkmäler in 26 Teilverantwortungen zu zersplittern, ist verantwortungslos.

3. Schweizerische Verpflichtungen bei internationalen Abkommen

Die Schweiz ist auf dem Gebiet der Denkmalpflege und Archäologie internationale Verpflichtungen eingegangen (Granada-Konvention zum Schutz des baugeschichtlichen Erbes, 1985, Malta-Konvention zum Schutz des archäologischen Erbes, 1992, u.a.). Wer übernähme solche Verpflichtungen? Diese Verpflichtungen müssten durch eine zu gründende überkantonale Institution wahrgenommen werden, wenn sich der Bund aus der Denkmalpflege verabschiedet. Der Bund nähme die eigene Verantwortung nicht mehr wahr.

4. Denkmalpflege als zentrale Aufgabe

Ziel der Denkmalpflege ist es, die wichtigsten Baudenkmäler und die bedeutenden Ortsbilder uns und unserer Nachwelt als wesentliche kulturelle Werte und Quell unseres Selbstverständnisses und unserer Identifikation zu pflegen und zu erhalten. Die Aufgabe kann im politischen Alltag mit seiner meist sehr kurzfristigen Betrachtungsweise und im Rahmen der knapper werdenden Mittel nur erfüllt werden, wenn wenigstens für die Objekte von nationaler Bedeutung die nationale Staatsebene ideell, fachlich und finanziell mithilft. Das Verbundsystem sichert wenigstens für nationale Objekte eine Kontinuität der Erhaltung und Konservierung, weil ein Anreiz zu gemeinsamem Handeln gegeben ist. Dieser Anreiz ist wichtig und für Objekte von nationaler Bedeutung von gesamtschweizerischem Interesse. Diese Aufgabe zu vernachlässigen, ist gegenüber künftigen Generationen nicht zu verantworten.

5. Wirkung der Bundesmithilfe: 30 Millionen Bundesmittel generieren 500 Millionen Investitionen

Bundesmitwirkung ist für den öffentlichen und privaten Bauträger, die Eigentümer der Baudenkmäler, eine bedeutende Ermutigung, ein psychologischer Stimulans, die Erhaltung und Restaurierung eines Baudenkmals an die Hand zu nehmen; für den Denkmalpfleger ist das Interesse des Bundes ein wichtiger Trumpf in der Überzeugungsarbeit beim Bauherrn. Die Tatsache, dass der Bund mitwirkt, löst bei der Eigentümerschaft oft ein Aha-Erlebnis aus: Was, auch der Bund interessiert sich

für dieses Objekt!

Umgekehrt sendet der Rückzug des Bundes aus der Denkmalpflege ein höchst bedenkliches Signal für Behörden und Private jeder Stufe aus: «Denkmalerhaltung ist unwichtig». Genau diese Botschaft würde auch die Auflösung des Bundesschutzes für Hunderte von Objekten, die seit 1886 unter die Obhut des Bundes genommen wurden, vermitteln.

6. Ein Schneeballeffekt

Der Wegfall von heute rund 30 Millionen Franken Bundesmittel für Restaurierungsbeiträge ist – gemessen am Finanzhaushalt von Bund und Kantonen – bescheiden. Bundesmittel lösen aber mindestens eben so hohe oder höhere Kantons- und Kommunalbeiträge aus und entsprechende Leistungen der Eigentümer. Wir wissen: Jeder Franken Denkmalpflege-Beitrag löst 8 bis 10 weitere Franken Investitionen zu Gunsten der Baudenkmäler aus. Die 30 Millionen Bundesmittel generieren pro Jahr rund 500 Millionen Franken Investitionen, die kleinen und mittleren Gewerbebetrieben zugute kommen. Bundesfranken der Denkmalpflege sind effiziente Wirtschaftsförderer!

7. 30 Millionen Franken weniger für die Baudenkmäler, Ortsbilder und Archäologie im Jahr

Es ist unbestritten, dass die Erhaltung von Baudenkmälern mit Kosten verbunden ist. Der Verlust von 30 Millionen zweckgebundener Denkmalpflegemittel des Bundes wird auf die Konservierung, die Schadensbegrenzung und den physischen Fortbestand des historischen Baubestandes in der Schweiz einen grossen Einfluss haben, indem wohl nur wenige Kantone bereit und in der Lage sein werden, den Ausfall der Bundesmittel wettzumachen. Im finanzpolitischen Verteilkampf um die frei werdenden Mittel im Ressourcen- und Lastenausgleich wird die lobbyarme Denkmalpflege gegenüber dem Sozial-, Bildungs- und Infrastrukturbereich nur eine geringe Chance haben, obwohl die Summen im Vergleich bescheiden sind. Folge wäre eine Überbürdung der Last auf Gemeinden, Kirchgemeinden und Private und eine Inkaufnahme markanter Verluste, sei es durch Untergang des Objektes, sei es durch das Entstehen massiver Restaurierungsüberhänge, die exponentiell ansteigen und künftigen Generationen zugemutet werden.

8. Ohne Forschung des Bundes keine effiziente Denkmalpflege

Denkmalpflege ist ein technologisch heikles und anspruchsvolles Gebiet. 50 Prozent der Bauschäden gehen auf unsachgemässe frühere Renovationen zurück. Der Denkmalpfleger muss Generalist sein, für viele Einzelfragen ist er auf Experten und Konsulenten angewiesen, zum Beispiel im Bereich der Konservierung von Hausteinen, von Glasmalereien, in der Bekämpfung von Pilzbefall, in der Überprüfung statischer Systeme oder in archäologischen Konservierungsmassnahmen. Diese Experten stellte und organisierte bisher der Bund. Wird die Denkmalpflege kantonalisiert, entfällt diese Leistung des Bundes. Die Kantone müssten auf dem Konkordatsweg versuchen, eine ähnliche Organisation wenigstens für die wichtigsten Gebiete auf die Beine zu stellen.

Die Forschung und Wissensvermittlung auf dem Gebiet der Konservierung von Baudenkmälern wird zur Hauptsache vom Expert-Center geleistet, das vom Bund getragen wird. Auch diese Aufgabe, eine unverzichtbare, müssten die Kantone gemeinsam lösen. Die Organisations- und Zusammenarbeitsform müsste neu erfunden werden.

9. Woher das Geld für kantonale Expertenmandate?

Die Kantone wären zweifellos nicht bereit, für viele Gebiete, die sie nicht besonders interessieren, Experten zu besolden und Forschungsarbeit zu leisten – was gehen Holzfassaden den Kanton Tessin oder kirchliche Paramente den Kanton Bern an? Es würde daher nötig sein, dass viele Kantone eigene Expertenmandate vergeben müssten. Nicht Doppelspurigkeiten, sondern Mehrspurigkeiten würden dadurch entstehen mit zusätzlichem finanziellem Aufwand und Wissensverflachung. Nötig und staatspolitisch verantwortbar ist Bündelung, nicht Zersplitterung, Kompetenzkonzentration, nicht Auflösung.

10. Wer bezahlt das neue Rechtswerk bei einer Kantonalisierung?

Zahllose kantonale Erlasse auf dem Gebiet der Denkmalpflege müssten abgeändert und den neuen Verhältnissen angepasst werden, dies in Ergänzung zu den notwendigen kantonalen Zusammenschlüssen und Konkordaten. Wer leistet diese Arbeit, und ist sie sinnvoll?

Zusammenfassend ist festzuhalten:

- *Der Bund hat laut Bundesverfassung eine Verantwortung für die Baudenkmäler, die er nicht einfach abgeben darf. Die Mechanismen der Koordination und des Ausgleichs und die Möglichkeiten der Sofortmassnahmen müssten die Kantone neu erfinden.*
- *Objekte von nationaler Bedeutung liegen im gesamtschweizerischen Interesse. Die Verantwortung für sie kann nicht in 26 Teilverantwortungen zersplittert werden. Die ideelle, fachliche und finanzielle Mitverantwortung für solche Objekte ist eine Kernaufgabe der nationalen Staatsebene.*
- *Nur gemeinsames Handeln kann längerfristig die Erhaltung zumindest der Objekte von nationaler Bedeutung sichern.*
- *Die Kantone müssten für die vom Bund eingegangenen internationalen Verpflichtungen, für Sofortmassnahmen, für Ausgleich und Koordination, für Experten, für Forschung und Wissensvermittlung eigene oder gemeinsame Instrumente schaffen. Die Kantonalisierung bedeutet für diesen Bereich eine eigentliche Zerschlagung wichtiger Infrastrukturen.*
- *Bundesmittel lösen etwa 500 Millionen Franken Investitionen für das Gewerbe aus.*
- *Im Verteilkampf haben die Denkmäler keine Chance, über die Kantonsfinanzen zu den für sie zum Überleben notwendigen zweckfreien Bundesmitteln zu kommen. Es entstehen Verluste und Restaurierungsüberhang.*
- *Bundeshilfe und Bundesschutz stellen eine wichtige psychologische Botschaft für Behörden und Eigentümer dar. Ihr Wegfall ist ein schlechtes Signal.*
- *Die vollständige Kantonalisierung bedeutet auf dem Gebiet der Denkmalpflege und Archäologie einen Rückmarsch ins 19.Jahrhundert, Ausschluss der nationalen Ebene von der Mitverantwortung für Objekte von nationaler Bedeutung, massive Gefährdung von Baudenkmälern und Ortsbildern, Wissens- und Kompetenzverlust, Belastung der Eigentümer, Neuaufbau interkantonaler Strukturen, Mehrspurigkeiten und Kostensteigerungen auf organisatorischer und administrativer Seite und damit Effizienz- und Effektivitätsverlust in hohem Grad.*

Bern, 20. November 2003
Arbeitsgruppe NFA

Retrait partiel de la Confédération...

...dans le domaine du patrimoine culturel et des monuments historiques

Succès partiel pour le travail du lobby de la conservation des monuments historiques: l'organe directeur de la NPF, commission paritaire composée des représentants de la Confédération et des cantons, a opté dans le domaine du patrimoine culturel et des monuments historiques pour la solution «Tâche combinée pour les objets d'importance nationale» et non pas pour la variante économe la plus draconienne «La cantonalisation complète». La décision du 16 janvier 2004 ne va que partiellement supprimer le soutien de la Confédération aux cantons; la Confédération va continuer à verser des subventions en faveur des bâtiments architecturaux et des sites archéologiques.

Un regret cependant: les objets d'importance nationale sont de toute façon ceux qui sont le moins menacés dans leur existence. La question qui se pose est la suivante: que vont devenir les monuments d'importance régionale ou moindre? Les cantons devront-ils dépenser encore plus d'argent pour les coûts supplémentaires plus élevés qui leur incomberont à l'avenir? Ou bien doit-on compter avec des réductions budgétaires douloureuses dans le domaine de la conservation et donc en fin de compte avec la disparition de nombreux bâtiments historiques?

Le Bulletin NIKE publie dans ce numéro une argumentation sur la Nouvelle péréquation financière qui a été rédigée avant la décision de l'organe directeur de la NPF mais qui, de par sa concentration d'arguments valables contre la suppression inquiétante des prestations dans le domaine de la conservation des monuments historiques, reste une lecture intéressante qui mérite réflexion.

La nouvelle péréquation financière. Variante cantonalisation de la conservation des monuments, de l'archéologie et de la protection des sites

ARGUMENTATION

1. L'engagement de la Confédération – une tâche constitutionnelle

Depuis 1886, la Confédération s'occupe de la conservation des monuments historiques, donc bien avant que les cantons n'y participent. Si la Confédération se retirait du domaine de la conservation, cela signifierait un retour en arrière de plus d'un siècle. Comme le prouve le bilan du 20e siècle, les monuments historiques ont besoin de l'engagement d'un service supra-cantonal c'est-à-dire de la Confédération qui assume son rôle à trois niveaux: au niveau du concept, de la compétence technique et du financement. Etant donné que la Confédération a un peu plus de recul vis-à-vis des intérêts à court terme des cantons, elle est en mesure d'agir et de décider de manière plus concrète et à plus longue échéance. La Confédération est elle seule capable d'élever les monuments historiques au-dessus «des vicissitudes du quotidien politique» dont ils deviendraient les victimes en raison de leur fragilité et de l'impossibilité de les remplacer: nul n'ignore que les pertes dans ce domaine sont irréparables et qu'il ne sert à rien d'émettre des regrets après coup.

Il est nécessaire d'avoir une conception à longue échéance du devenir politique et financier car les monuments historiques sont, pour certains, vieux de plusieurs siècles et doivent perdurer. Selon la Constitution fédérale, la Confédération a la possibilité, dans le domaine de la conservation des monuments, d'intervenir comme compensatrice et coordinatrice, grâce à la LPN, on a réussi à établir une relation équilibrée des compétences entre la Confédération et les cantons en faveur des monuments. La cantonalisation actuellement en discussion mettrait un terme à une pratique qui a fait ses preuves, les cantons devraient essayer de s'organiser seuls, de compenser et de coordonner par leurs propres moyens. Aujourd'hui, la Confédération a la possibilité d'intervenir dans les cas urgents, de prendre des mesures provisoires et si nécessaire de se porter acquéreurs de monuments: les cantons devraient pour remplir cette tâche créer leur propre instance et la doter de moyens financiers.

2. Les objets d'importance nationale sous la responsabilité des cantons

Les paysages, les monuments historiques et les sites sont les principaux éléments qui forment l'identité culturelle de la Suisse. Leur entretien et leur conservation sont – dans la mesure où ils sont d'importance nationale – une tâche nationale dans l'intérêt de la communauté suisse entière. L'intérêt national commun est par exemple à la base de la gestion des routes nationales ou de la défense mais en principe également du patrimoine national comprenant les paysages, les monuments historiques et les sites. Il est inadmissible que la responsabilité pour les monuments historiques et archéologiques d'importance nationale soit en fin de compte de l'unique ressort des cantons. Répartir la responsabilité pour les monuments d'importance nationale entre 26 co-responsables est irresponsable.

3. Les obligations de la Suisse vis-à-vis des conventions internationales

Dans le domaine de la conservation des monuments et de l'archéologie, la Suisse a contracté des obligations internationales (Convention de Grenade pour la protection du patrimoine architectural de l'Europe, 1985, Convention européenne de Malte pour la protection du patrimoine archéologique, 1992, etc.) Qui remplirait alors ses obligations? Ces obligations devraient être assumées par une institution supra-cantonale qu'il faudrait créer si la Confédération se retirait du domaine de la conservation des monuments. La Confédération ne pourrait plus assumer ses propres responsabilités.

4. La conservation des monuments, une tâche primordiale

L'objectif de la conservation des monuments est de conserver et d'entretenir les monuments historiques les plus importants et les sites les plus significatifs qui représentent pour nous et nos descendants les valeurs et les sources culturelles essentielles de notre perception de nous-mêmes et de notre identification. Compte tenu de la politique au quotidien, de ses considérations à courte échéance et des moyens financiers toujours plus restreints, cette tâche ne peut être remplie que si, au moins pour les objets d'importance nationale, on dispose au niveau national d'une instance qui coopère et coordonne le travail au niveau du concept, de la compétence technique et du financement. Le système d'aide combinée assure au moins aux objets d'importance nationale une continuité dans l'entretien et la conservation parce qu'il existe une stimulation mutuelle à agir ensemble. Cette stimulation est importante et représente pour les objets d'importance nationale également, à courte échéance, un intérêt national. Il serait irresponsable face aux futures générations de renoncer à cette tâche.

5. Les effets de l'aide de la Confédération: 30 millions de subventions fédérales génèrent 500 millions d'investissements

La collaboration de la Confédération représente pour les entrepreneurs publics et privés, les propriétaires de monuments historiques, un encouragement important, un stimulant psychologique qui les incite à prendre en main la conservation et la restauration d'un monument historique; pour le conservateur des monuments historiques, l'aide de la Confédération est un atout essentiel dans le travail de persuasion qu'il effectue auprès du propriétaire. Le fait que la Confédération coopère provoque souvent un déclic chez le propriétaire: Ah tiens, la Confédération s'intéresse également à cet objet!

Et inversement, l'abandon de la conservation des monuments par la Confédération transmet un signal très inquiétant aux autorités et au personnes privées: «La conservation des monuments n'est pas importante.» C'est exactement ce message qui serait reçu si la Confédération abandonnait la protection des milliers d'objets qui sont sous sa protection depuis 1886.

6. L'effet boule de neige

La suppression d'environ 30 millions de francs de subventions fédérales actuellement affectés aux travaux de restauration ne représente pas grand-chose par rapport au budget de la Confédération et des cantons. Mais les subventions fédérales déclenchent au moins autant si ce n'est plus encore de subventions cantonales et communales et également des investissements de la part des propriétaires. Nous le savons: chaque franc de subvention accordé à la conservation des monuments engendre 8 à 10 francs d'investissement en faveur des monuments historiques. Les 30 millions de subventions fédérales génèrent chaque année environ 500 millions de francs d'investissement qui font travailler les petites et moyennes entreprises. Les subventions fédérales en faveur de la conservation des monuments historiques sont les promoteurs efficaces de l'économie nationale.

7. 30 millions de francs par an en moins pour les monuments historiques, les sites et l'archéologie

Il est évident que la conservation des monuments historiques est coûteuse. La suppression des 30 millions de francs affectés par la Confédération à la conservation des monuments va avoir une grande influence sur la conservation, sur la limitation des dommages et sur l'existence physique de la substance historique bâtie en Suisse car peu de cantons seront en mesure de compenser l'absence de subventions fédérales. En matière de politique financière, dans la lutte pour la répartition des moyens dorénavant à disposition dans la répartition des ressources et des charges, la conservation des monuments historiques qui n'a pas de lobby n'aura que peu de chance de s'imposer face au domaine social, à l'éducation et au domaine des infrastructures bien que les sommes en question soient relativement modestes. Les conséquences en seraient un surcroît de charges pour les communes, les paroisses et les personnes privées et le résignation à accepter des pertes importantes soit par la disparition d'un objet soit par des dommages dus à des retards importants dans l'exécution des travaux de restauration qui ne cessent de s'accroître et qui représentent une situation inacceptable pour les futures générations.

8. Sans la recherche financée par la Confédération, pas de conservation efficace

La conservation des monuments historiques est un domaine délicat et difficile. 50 % des dommages constatés sur les monuments sont les conséquences d'anciennes rénovations inappropriées. Le conservateur doit être un généraliste mais dans de nombreux cas particuliers, il doit faire appel à des experts et des consultants, par exemple dans le domaine de la conservation des bossages, des vitraux, dans la lutte contre les attaques par les champignons, pour le contrôle des systèmes statiques ou pour des mesures de conservation en archéologie. Jusqu'à présent ces experts étaient mis à disposition et organisés par la Confédération. Dans le cas d'une cantonalisation de la conservation des monuments, cette prestation n'est plus du ressort de la Confédération. Les cantons devraient essayer de trouver une solution et créer une organisation exerçant ces fonctions dans les principaux domaines.

La recherche et la diffusion du savoir dans le domaine de la conservation des monuments historiques sont essentiellement du ressort de l'Expert-Center qui est subventionné par la Confédération. Cette tâche indispensable devrait être assumée en commun par les cantons. Il faudrait donc redéfinir la forme de la structure d'organisation et de la collaboration.

9. Comment financer les experts mandatés par les cantons?

Les cantons ne seraient en aucun cas prêts à rémunérer des experts spécialisés ou à financer la recherche dans des domaines qui ne les intéressent pas particulièrement: pourquoi le canton du Tessin devrait-il s'intéresser aux façades en bois? pourquoi le canton de Berne devrait-il s'occuper de la restauration des parements ecclésiastiques? Il serait donc nécessaire que de nombreux cantons mandatent leurs propres experts. On aurait non seulement deux mais plusieurs experts effectuant le même travail ce qui entraînerait des frais supplémentaires et un nivellement des connaissances. L'objectif au niveau de l'Etat doit être la focalisation et non pas la dispersion, la concentration des compétences et non pas leur éparpillement.

10. Qui financera les nouveaux textes juridiques dans le cas d'une cantonalisation?

Dans le domaine de la conservation, d'innombrables décrets cantonaux devraient être modifiées et adaptés aux nouvelles situations sans compter la création de groupements et de traités cantonaux. Qui se chargerait de ce travail? Ce travail aurait-il un sens?

Berne, le 20 novembre 2003
Groupe de travail NPF